

Amts- und Anzeigebblatt

Für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. RM. 2.70 einschließlich des „Allg. Unterhaltungsblattes“ in der Geschäfts-
stelle, bei unseren Böden sowie bei allen Reichs-
postanstalten. — Erscheint täglich abends mit
Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den
folgenden Tag.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel,
Neuheide, Oberkützingrün, Schönheide,
Schönheiderhammer, Sosa, Unterkützingrün, Wildenthal usw.**

Anzeigenpreis: die kleinstmögliche Zeile 20 Wg.
Im Reklameteil die Zeile 10 Wg.
Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 60 Wg.
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags
10 Uhr, für höchste Tage vorher.
Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen
am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage
sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben,
ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fern-
sprecher abgegebenen Anzeigen.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener
Ereignisse des Betriebes der Zeitung, der Verantwortlichkeit über die
Verantwortung der Redaktion der Zeitung über die
Verantwortung der Redaktion der Zeitung über die
Verantwortung der Redaktion der Zeitung über die

Verl.-Abz.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannemann in Eibenstock.
86 Jahrgang.

Verlagsnummer Nr. 110.

Nr. 24.

Donnerstag, den 30. Januar

1919.

Aufhebung der Spinathöchstpreise.

Mit sofortiger Wirkung werden die in der Bekanntmachung des Arbeits- und
Wirtschafts-Ministeriums vom 27. Dezember 1918 — Nr. 301 Sächs. Staatszeitung
vom 28. 12. 1918 — festgesetzten Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandelshöchst-
preise für Spinat bis auf weiteres aufgehoben.

Dresden, am 26. Januar 1919.

Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium.

Landeslebensmittelamt.

254 VG 2
955

Pferdefarten betreffend!

Auf Anordnung des Generalkommandos XIX. werden vom 20. Januar 1919 ab
die Inhaber von Pferdefarten, die von den zuständigen Zivil-Verwaltungsbehörden im
Bereich des XIX. Armeekorps ausgestellt sind, zu Versteigerungen innerhalb des gesam-
ten Korpsbereiches zugelassen.

Schwarzenberg, am 24. Januar 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Der deutsche Selbstmord.

Experiment zu unrechter Zeit.

Im Rheinland ist eine Sozialisierungskommission
am Werk, um festzustellen, ob die von den Arbeit-
nehmern angestrebte und als bringend bezeichnete Ver-
staatlichung der großindustriellen Betriebe sich zur
Zeit durchführen läßt. Die Arbeiter haben am 9.
November politisch die Schlacht gewonnen; daß sie
jetzt die Beute einzubringen trachten und Erfül-
lung aller der Verjährungen verlangen, die ihre
Führer ihnen vierzig Jahre lang versprochen
gemacht haben, ist menschlich verständlich. Und so
bleibt nur die Frage zu beantworten, ob die Ver-
gesellschaftung ihnen alle erhofften Vorteile bring-
en oder ob sie sich bei Anwendung dieser Waffe
nicht ins eigene Fleisch schneiden werden.
Das Ausland ist einverstanden und —
zufrieden.

Zu einiger Vorsicht mahnt von vornherein die
Haltung des Auslandes den grundstürzenden Plänen
unserer neuesten Wirtschaftsreformer gegenüber.
Man lehnt sich in der Presse, der feindlichen sowohl
wie der neutralen, nicht wider die Aenderung auf,
obgleich sie doch Deutschlands Zahlungsfähigkeit be-
einflussen, die für die Entschädigungsansprüche des
Völkerbundes bereitstehenden Pfänder im Werte her-
abmindern kann. Englische wie holländische Zer-
tungen weisen vielmehr ganz glaublich darauf hin,
daß z. B. die Sozialisierung der rheinisch-westfäl-
ischen Kohlengruben, der Hochöfen usw. den nieder-
ländischen Markt, nicht minder den lothringischen,
vielleicht sogar den süddeutschen, für die englische
Kohle frei machen könnte. Bisher führte das rhei-
nisch-westfälische Kohlsyndikat über 7 Millionen
Tonnen deutscher Kohle alljährlich nach Holland aus.
Wird der Preis dieser Kohle jedoch durch die er-
höhten Unkosten des Staatsbetriebes wesentlich ge-
steigert, so vermag sie den Wettbewerb der engli-
schen nicht mehr auszuhalten. Und Sozialisierung
bedeutet, schon weil selbstverständlich die Arbeiter
unter ihrer Herrschaft bedeutend bessere Löhne ver-
langen, und ebenso selbstverständlich auch der Staat
mindestens verdoppelten Gewinn erzielen will, un-
weigerlich eine gewaltige Erhöhung der Preise des
deutschen Erzeugnisses.

Und der Staat verrechnet sich.
Kun fragt es sich aber gleich weiter, ob der
Staat mit seiner Annahme, durch die Sozialisie-
rung viel Geld in die Kassen zu bekommen, recht
haben wird. Die sehr hohen Ansprüche der Ar-
beiter pflegen bekanntlich allen Staats- und Ge-
meindebetrieben gefährlich zu werden; gerade ihnen
steht man stets sofort straffe Forderungen hinsicht-
lich der Löhne und der Tarifgestaltung. Bei ihrer
bürokratischen Verwaltung und natürlichen Schwer-
fälligkeit müssen sie ohnehin auf einen Teil des Ge-
winnes verzichten, der dem schlackeren, bewegungs-
freieren Privat-Unternehmer zufällt; drückt kürzere
Arbeitszeit, allzu milde Aufsicht, die Wahl der Be-
amten nach politischen Gesichtspunkten u. a. den Rein-
ertrag noch stärker herab, so bleibt wahrscheinlich
letzten Endes für den Staat weniger übrig, als er
früher von der selbständigen Industrie in der Form
von Steuern empfangen hat. Gemeinlich-wirtschaft-
liche Betriebe empfehlen sich hier vielleicht mehr.
Auch im Interesse der Arbeiter, für die dadurch
die Verlustmöglichkeiten verkleinert werden. Denn
bei der Sozialisierung hätten doch wohl die Risiko-
zu tragen, das schlechte Geschäftsgang, Unruhen,
Krieg usw. herbeiführen können.

Neue Anlagen gibts dann nicht mehr.
Die schlimmste Schattenseite der Vergesellschaftung

ist die restlose Verstreuung der Ueberschüsse an
Staat und Arbeiter. Während der Privatbesitzer aus
den Erträgen seines Unternehmens Betriebs-Verbes-
serungen leistet, Erweiterungs- und Neubauten
ausführt, und so das werdende Volksvermögen er-
höht, ist davon bei Staats- und Gemeindebetrieben
nicht die Rede. Dabei bedürfen wir in dieser Zeit
deutscher Verarmung des allerwertigsten Spargeldes!
Nur hart arbeitend, das Erarbeitete fest zusamman-
haltend, können wir wieder emporkommen.

Vergesellschaftung ist ein Wagnis,
das sich vielleicht strobend reiche Länder mit einem
natürlichen Ueberschuß an Rohstoffen und mit Mejer-
überschüssen aus gewaltiger Ausfuhr leisten kön-
nen. Auf uns trifft dies, wenigstens au-
genblicklich nicht zu. Wir lähmen durch So-
zialisierungsbestrebungen die Kraft unserer Industrie.
Eren Hedin schrieb vor kurzem über den deutschen
Zusammenbruch: „Es gab nur eine Macht, die stark
genug war, Deutschlands Widerstandskraft zu ver-
nichten, und dies war Deutschland selbst.“ Seine
Worte zielen auf unser militärisches Unglück. Soll-
ten sie auch für unsere industrielle Weltung erlangt?

Der Profit bei der Sozialisierung.

In verschiedenen Bergbaubezirken ist bekanntlich
von den Grubenarbeitern mit großer Entschieden-
heit die Sozialisierung der Kohlenbetriebe gefordert
worden. Die Reichsregierung hatte schon vorher
eine Kommission eingesetzt, die zusammen mit Sach-
verständigen die Verstaatlichungsfrage beraten soll.
Es soll darin mit aller Vorsicht, welche dies schwa-
rige Thema erheischt, vorgegangen werden, und eine
Rahmung zur Mäßigung stellt auch das Wahleresultat
für die Nationalversammlung dar, in der die Stäm-
mer und Dränger nicht in überwältigender Menge
vorhanden sind. Der Volksbeauftragte Röske hatte
vor kurzem die Kopfsichtigkeit beim Sozialisieren mit
einem drastischen Wort gekennzeichnet. Er sagte,
das wäre so, als wenn wir einen Ochsen in ein
Parzellenland jagten. Es würde Scherben über
Scherben geben, statt eines Nutzens.

Denn ohne Aussicht auf einen Nutzen, auf
einen lohnenden Zweck tut man nichts. Bleibt al-
les beim alten, oder wird etwas gar verschlechtert,
so kann man sich die Arbeit sparen. Das Wort
Profit hat in der Ära der Kriegsgewinne gerade
nicht den besten Klang, aber wahr bleibt darum doch,
was vor Jahren schon August Bebel sagte, ohne
Profit raucht kein Schornstein. Und es ist gleich,
ob der Schornstein in einem Privat- oder Staats-
betriebe steht, denn ohne Nutzen kann auch der Staat
nicht arbeiten. Sich auf Sachverständige zu beru-
fen, hat hierbei seine Bedenken, denn auch den besten
Sachverständigen fehlen hierbei die Erfahrungen gro-
ßen Stills, auf die es doch gerade ankommt. So ist
die Sozialisierung ein Wagnis, dessen Scheitern oder
Gelingen kein Menschenwille mit unbedingter Si-
cherheit verbürgen kann.

Noch niemals hat ein Staatsbetrieb billiger ge-
arbeitet, als ein Privatbetrieb, denn weil der Staat
über ganz andere, viel größere Mittel verfügt, wie
ein Privatmann, verlangt jeder von vornherein, daß
er nobel ist. Das kostet Geld. Und wird viel Geld
ausgegeben, kann nur wenig übrig bleiben, was
nicht die Einnahmen gesteigert werden. Höhere Ein-
nahmen erzielt man durch Erhöhung des Preises
oder durch Erweiterung des Absatzes. Da im ver-
staatlichten Industriebetriebe der vermehrte Umsatz
ebenfalls die Kosten steigert, so muß also die Preis-
steigerung Platz greifen, wenn anders nicht der er-
forderliche Nutzen erzielt wird. Also höhere Preise!
Ja, werden da die Millionen Käufer rufen, was

ist denn das? Die Sozialisierung des Betriebes soll
allen nützlich sein. Und nun müssen wir höhere
Preise zahlen? Das geht nicht. Da steckt also we-
der ein Haken und die Tatsache bleibt, der Staat
kann nicht über das normale Maß hinaus nobel
sein, wenn er nicht der Gesamtheit aller Steuer-
zahler die Kosten dafür auferlegen will. Und was
bleibt dann? Wenig oder nichts.

Aber selbst wenn diese Schwierigkeiten über-
wunden werden, so bleiben noch andere Gefahren für
ein Gelingen der Sozialisierung bestehen, die keine
Macht der Erde beseitigen kann, ebenso wenig, ein
Menschenwille eine Miferate durch Umverteilung zu hin-
dern vermag. Die größten dieser Gefahren heißen
Konjunktur und Konkurrenz. Die heutige Geschäfts-
konjunktur ist aus den bekannten Gründen flau, und
wenn dabei verstaatlicht werden sollte, so würde der
Profit zusammenschmelzen, wie Schnee in der Sonne.
Daß dabei die hohen und noblen Anforderungen
nicht aufrecht erhalten werden können, das ist selbst-
verständlich. Das Risiko in Privatunternehmungen
hat in der Hauptsache der Unternehmer getragen,
der Staat muß das Risiko aus den Taschen der
Steuerzahler begleichen, denn anderes Geld besitzt
er nicht. Die mitleidige Konjunktur braucht nicht im-
mer durch schlechte Zeiten herbeigeführt zu werden,
auch neue Erfindungen und technische Vervollkom-
nungen können sie veranlassen. So wollen jetzt die
Amerikaner eine neue Kohlen-Komposition erfunden
haben, die Triketts und andere Brennstoffe aus dem
Felde schlagen soll.

Und damit kommen wir zur internationalen
Konkurrenz, die bei den gewaltigen finanziellen und
materiellen Hilfsmitteln Amerikas größer ist, als je.
Auch England ist ein gewaltiger Nebenbuhler.
Wenn kon vorher einem deutschen Staatsbetrieb
durch billigeres Angebot Konkurrenz gemacht wird,
kann das deutsche Publikum gezwungen werden, die
höheren Preise zu zahlen? Nein, das Ausland wird
sich auch im Friedensvertrage gegen solche Maß-
nahmen schützen. So muß man sich darüber klar
werden, daß die Sozialisierung auf dem Papier
Musterprofit darstellen kann, aber niemand weiß,
ob er da bleibt, wenn er eingestekt werden soll. Wir
haben schon Anzeigen dafür im alten Deutschland
bei den verstaatlichten Eisenbahnen, die doch kon-
kurrenzfrei sind, und benutzt werden müssen, gehabt.
In Zeiten schlechter Konjunktur schrumpfen die
Ueberschüsse zusammen, und wenn der Grundfalsch
strenger Sparsamkeit aus den Augen verloren wor-
den wäre, so würde überhaupt nichts übrig geblie-
ben sein.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Deutsche Volkspartei an den
Kaiser. Die Deutsche Volkspartei hat zum
Geburtstag des Kaisers folgenden Telegramm ab-
geschickt: An Seine Majestät Kaiser Wilhelm, Am-
rungen (Holland). Eurer Majestät sendet die Deut-
sche Volkspartei zum 60. Geburtstag ehrfurchtsvolle
Glückwünsche. Wir würdigen in dankbarer
Arbeit, die Eure Majestät, getreu dem Ausspruch
„Kaiserium ist Dienst am deutschen Volke“ in mehr
als 30jähriger Tätigkeit für das Deutsche Reich und
das deutsche Volk geleistet haben. In Erinnerung an
die ersten Worte des alten national-liberalen Par-
teiprogramms „unverbrüchliche Treue für Kaiser u.
Reich“ gedenken wir der großen Zeit, die Deutschland
und Preußen unter der Hohenzollernherrschaft durch-
lebt haben. Wir wünschen Eurer Majestät von gan-
zem Herzen einen friedlichen Lebensabend und bit-